



Beschluss

vom 13. Mai 2003

Nr. 3362

Motion

**Motion Peter Dörflinger: Differenzierte Stromtarife ersetzen Stromlieferungsverträge;
Frage der Erheblicherklärung**

Die Verwaltung der Technischen Betriebe berichtet:

Peter Dörflinger und 19 Mitunterzeichnende reichten am 25. März 2003 eine Motion betreffend Ersatz der Stromlieferungsverträge durch differenzierte Stromtarife ein (vgl. Beilage). Die Motion verlangt eine Änderung von Art. 3 des Stadtwerke-Reglements (sRS 511.1) vom 28. Oktober 1969 mit dem Ziel, dass grundsätzlich alle Kunden ihre Energie zu tariflichen Bedingungen beziehen. Ausnahmen im Sinne von freiwilligen oder provisorischen Lieferungen (Schausteller, Festanlässe, Bauplätze etc.) sollen weiterhin möglich sein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Stromlieferverträge bei den Sankt Galler Stadtwerken (sgsw)

Bis Ende der Achtziger Jahre hatten die sgsw, gestützt auf die damalige Rechtsgrundlage, im Bereich Elektrizität mit allen Mittelspannungsbezügern und einigen grösseren Niederspannungsbezügern Energielieferverträge abgeschlossen. Mit der Tarifrevision auf den 1. März 1990 hatte der Grosse Gemeinderat beschlossen, diese Energielieferverträge aus energiepolitischen Gründen durch Tarife abzulösen. Die entsprechende Vorlage hatte bereits vor der Behandlung im Parlament zu entrüsteten Reaktionen aus der Wirtschaft, mit entsprechenden Korrespondenzen und Zeitungsartikeln, geführt. Dies bewirkte, dass die Werkkommission nebst drei vorberatenden Sitzungen zusätzlich ein Hearing mit Vertretern der Industrie und des Grossgewerbes durchführte. Der Grosse Gemeinderat stimmte schliesslich einer von der Werkkommission beantragten Übergangslösung zu. Diese ermächtigte den Stadtrat, die Höhe der für die Grossbezüger zumutbaren Preisaufschläge sowie die Mo-



dalitäten für schrittweise Preisanpassungen festzulegen. Bis Ende 1996 wurden die 17 Niederspannungsverträge und die 27 Mittelspannungsverträge in die entsprechenden Tarife übergeführt.

Die Ablösung der Stromlieferverträge war kaum abgeschlossen, als sich erste Vorboten einer künftigen Strommarktöffnung zeigten. Verschiedene Kunden verlangten von den sgsw bereits vor ihrem erwarteten Marktzugang individuelle Energiebezugskonditionen. Am 10. März 1998 hatte der Stadtrat in einem Beschluss zum Leitbild der sgsw festgehalten, dass die sgsw versuchen müssen, soweit wie möglich innerhalb der bestehenden Rechtsform den Handlungsspielraum eines selbständigen Unternehmens zu erlangen. Zur Vorbereitung auf die Marktöffnung wurden die sgsw beauftragt, Vorschläge für eine Kompetenzverlagerung vom Grossen Gemeinderat an den Stadtrat auszuarbeiten, die es in bestimmten Fällen ermöglichen soll, eine leistungs- und marktgerechte Preisbildung über Verträge anstatt über Tarife vorzunehmen.

Die entsprechenden Vorschläge mündeten schliesslich in die vom Grossen Gemeinderat im November 1998 und im Februar 2000 beschlossenen Änderungen im Reglement über die Abgabe von Energie und Wasser durch die Versorgungsbetriebe (Stadtwerke-Reglement) vom 28. Oktober 1969. Art. 3 Abs. 2 lautet seither neu wie folgt:

„Der Stadtrat ist jedoch berechtigt, mit Abonnantinnen und Abonnenten individuelle, von diesem Reglement sowie den dazugehörigen Vollzugsreglementen und Tarifen abweichende Bedingungen für den Bezug von Energie zu vereinbaren, soweit sich dies sachlich aufgrund der Bezugsgegebenheiten, grösserer Bezugsmengen oder der Konkurrenzsituation rechtfertigt und unter der Voraussetzung, dass sich für die Werke ein Gegennutzen und ein angemessener Deckungsbeitrag ergibt. Der Stadtrat kann diese Kompetenz innerhalb eines bestimmten Rahmens an die Werke übertragen.“

Mit der Reglementanpassung wurden die sgsw in die Lage versetzt, schon vor der Öffnung des Elektrizitätsmarktes aktiv auf die Kunden zuzugehen und sich als attraktive und verlässliche Partner auf dem Markt zu positionieren.

Mit drei Beschlüssen hat der Stadtrat in den Jahren 2000 bis 2002 schrittweise Vertragsabschlüsse für Stromlieferungen freigegeben.

2 Jüngste Tarifentwicklung bei den sgsw

Die sgsw haben ihre Elektrizitätstarife letztmals auf den 1. Oktober 1994 erhöht, und zwar um durchschnittlich 2,9 Prozent. Danach gab es bis heute nur noch Tarifierduktionen. Eine



erstmalige Tarifsenkung erfolgte auf den 1. Oktober 1996; sie betrug durchschnittlich 5 Prozent. Eine auf den 1. April 2002 in Kraft getretene Tarifrevision brachte im Tarif K (kleinere Bezüger, vor allem Haushalte) eine Ermässigung um durchschnittlich 1,4 Prozent und beim Tarif G (grössere Bezüger mit Leistungsmessung, vor allem Industrie, Dienstleistung, Gewerbe) um 5,2 Prozent. Eine weitere Tarifsenkung ist auf den Oktober 2003 angekündigt. Im Vergleich mit der umliegenden Tariflandschaft sind die Tarife bei den Kleinbezügern in der Tendenz günstiger als bei den Grossbezügern.

3 Auslegeordnung bei den sgsw nach dem EMG-Nein

Nach dem Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz vom 22. September 2002 hat der Stadtrat mit dem Rückzug der Ausgliederungsvorlage ein sofortiges Moratorium für neue Elektrizitätslieferverträge beschlossen. Zudem beauftragte er die Verwaltung der Technischen Betriebe, die künftige Marschrichtung der sgsw zu definieren.

Die vorgenommene Auslegeordnung führte zu Entscheiden des Stadtrats, welche dem Grossen Gemeinderat im „Kurzbericht über die Arbeit der Spezialkommission Ausgliederung der sgsw aus der Stadtverwaltung, den Rückzugsentscheid des Stadtrates und die Auflösung der Spezialkommission sowie Ausblick auf das weitere Vorgehen“ (Vorlage des Stadtrates vom 4. Februar 2003, Nr. 2878) zur Kenntnis gebracht wurden. Die wichtigsten dieser Entscheide sind:

1. Elektrizitätslieferungen an Kunden mit grösseren Bezugsmengen sollen die sgsw weiterhin individuell auf vertraglicher Basis regeln können. Im Blick auf eine wahrscheinliche spätere gesetzliche Grundlage für den Marktzutritt dieser Kunden wäre es problematisch, die Kundenbindung durch bereits abgeschlossene Verträge einseitig aufzukündigen. Die Chance, diese Kunden dann wieder gewinnen zu können, wäre äusserst fraglich. Die Weiterführung bestehender Verträge hat zur Konsequenz, dass aus Gründen der rechtsgleichen Behandlung auch Neuabschlüsse mit Kunden in den entsprechenden Segmenten möglich sein müssen. Das Moratorium für neue Vertragsabschlüsse in diesen Kundensegmenten wurde im Februar 2003 aufgehoben.
2. Die sgsw sollen vom Stadtrat innerhalb bestimmter Leitplanken ermächtigt werden, mit Kunden aus diesem Segment Verträge in eigener Kompetenz abzuschliessen.
3. In den Kundensegmenten mit kleineren Bezugsmengen, in denen bisher noch keine Verträge abgeschlossen wurden, ist keine Vertragslösung vorgesehen.
4. Auf den 1. Oktober 2003 soll eine Tarifrevision mit strukturellen Anpassungen an Stromanbieter im Umfeld der sgsw durchgeführt werden. Diese Revision soll für die Tarifkunden zu einer weiteren Senkung der Strompreise führen.



4 Auslegeordnung des Bundes nach dem EMG-Nein

Nach dem Nein des Schweizer Stimmvolks zum EMG hat auch das Bundesamt für Energie (BFE) im Auftrag des Bundesrates eine Lagebeurteilung vorgenommen. Vom November 2002 bis Februar 2003 führte das BFE mit rund dreissig Interessengruppen bilaterale Gespräche. Beteiligt waren Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschafts- und Konsumentenverbände, Organisationen der Elektrizitätsbranche, Umweltorganisationen, Kantone, Städte- und Gemeindeverband sowie die Gewerkschaften, die das Referendum gegen das EMG ausgelöst hatten. Innerhalb der Bundesverwaltung wurden unter anderen das Sekretariat der Wettbewerbskommission (WEKO) und die Preisüberwachung konsultiert.

Die Gesprächspartner kommen zum Schluss, dass für die Zukunft der Stromversorgung in der Schweiz die Erarbeitung einer neuen Gesetzesvorlage die beste Lösung darstellt, wobei die Ausgestaltung offen ist. Auch eine Teilmarktöffnung soll als mögliche Lösung geprüft werden. Damit liesse sich der Wille der Stimmbürgerschaft respektieren, indem die Versorgungssicherheit zu angemessenen Preisen für die im Monopol versorgten Kunden (Haushalte) gewährleistet wird. Daneben kann es einen liberalisierten Bereich für grössere Kunden (Wirtschaft) geben.

Angesichts der erforderlichen langen Vorbereitungszeit sollte umgehend mit den Arbeiten an der neuen Gesetzesvorlage begonnen werden. Unter der Leitung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation (UVEK) und des BFE soll die Vorlage konsensual erarbeitet werden. Mit der Beachtung der durch die EMG-Gegner vorgebrachten Argumente sowie dem Einbezug der unterschiedlichen Interessengruppen soll ein erneutes Referendum vermieden werden. Der Entwurf der Gesetzesvorlage soll bis Mitte 2004 ausgearbeitet und in die Vernehmlassung geschickt werden. Die parlamentarische Beratung würde in den Jahren 2005 und 2006 erfolgen, so dass das Gesetz im Jahre 2007 in Kraft treten könnte.

5 Folgerungen

In Anbetracht der sich abzeichnenden Neuauflage einer gesetzlichen Grundlage für eine Marktöffnung bis in ca. vier Jahren wäre es aus Sicht der sgsw nicht verantwortbar, die Verträge jetzt einseitig aufzukündigen. Eine erneute vertragliche Bindung bei einer späteren Marktöffnung wäre dann, wenn überhaupt, nur unter grossen Anstrengungen und entsprechenden Zugeständnissen zu erreichen. Zudem würde mit der Aufkündigung bereits gewährter Preisnachlässe ein schlechtes Signal für den Wirtschaftsstandort St.Gallen gesetzt. Ebenfalls keine taugliche Alternative wäre die Durchführung einer Tarifrevision für die beste-



henden Vertragskunden mit gleichzeitiger Aufhebung der Verträge. Die sgsw würden damit keine finanziellen Vorteile erhalten, hingegen aber ein wertvolles Instrument zur Kundenbindung verlieren. Tarifikunden sind bei einer späteren Marktöffnung nicht an die sgsw gebunden und könnten damit sofort einen Lieferantenwechsel vornehmen.

Der Stadtrat beantragt Ihnen deshalb, die vorliegende Motion **nicht erheblich** zu erklären.

6 Anträge

Auf Antrag der Verwaltung der Technischen Betriebe beschliesst der Stadtrat:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Vorstand der Technischen Betriebe wird beauftragt, in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat zur Frage der Erheblicherklärung Stellung zu nehmen

Beilage:
Motion

Protokollauszug:
Alle Verwaltungsabteilungen
Stadtkanzlei

